

Maulkorb für die Bewegung



Das Verbot der **Anti-AKW-Buko** geht alle an!

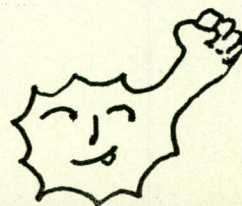
Zum ersten Mal in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung wird eine Bundeskonferenz verboten. Äußerer Anlaß ist ein Materialreader, der in der Schärfe der Auseinandersetzung und der Radikalität der Beiträge hinter Reader vergangener Bundeskonferenzen zurückfällt und dessen Aktionsvorschläge (Stade-Blockade, KWU-Aktionstage etc.) eher Ausdruck der "Nach-Tschernobyl-Ratlosigkeit" sind denn einer neuen Qualität oder Radikalisierung der Anti-AKW-Bewegung. Vordiskussionen und Stimmung ließen eine Konferenz erwarten, auf der nicht die große, aktionsmäßige Orientierung für's nächste Jahr festgeklopft wird, sondern Neubestimmung – des Wackersdorf-Widerstandes, des Verhältnisses zu den neuen Gruppen, zur Friedensbewegung, der Zusammenarbeit innerhalb der Bewegung – im Vordergrund stehen würde. Von den politischen Folgen von Tschernobyl abgesehen also eine Konferenz, wie sie in den vergangenen Jahren ohne direkte Bedrohung staatlicher Gewalt dutzendfach stattgefunden hat. Neu war nicht die Qualität dieser Konferenz – neu, bzw. erneut verschärft ist das politische Klima in diesem Land.

Aktionsformen wie Blockaden, zuletzt im Hunsrück von Teilen der Friedensbewegung durchgeführt, vorher in Wackersdorf, vor Chemiefirmen, wurden zu Straftaten deklariert, deren Diskussion juristisch und polizeilich verhindert werden muß. Diese Politik wird sich nicht auf Bayern beschränken, im Bundestag wurde sie von allen staatstragenden Parteien mit abgesegnet (s. Dokumentation) – die Grünen und die demokratische Öffentlichkeit schweigen überwiegend dazu. Die Wende ist nicht alleine eine der staatlichen Maßnahmen, sie wird auch in den Köpfen der Menschen vollzogen! Geprobt wurde in Regensburg, mit Vorabanwendung der neuen "Terrorgesetze" (Verschärfung des §129a und Wiedereinführung des 130a) die Zerstörung des gesellschaftlichen "Unruhepotentials", das den politischen Preis für die Durchsetzung von Atomanlagen oder Atomtransporten in die Höhe treibt.

Als Analogie zu Martin Niemöller (Als sie die Anti-AKW-Gruppen verfolgten, habe ich geschwiegen, ich gehörte ja nicht dazu – als sie die Friedensbewegung kriminalisierten, habe ich geschwiegen, ich war keiner von ihnen – als sie die Grünen verboten...) läßt sich feststellen: **die heute zerstörten Spielräume für Protest- und Widerstand gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen sind die Spielräume aller Bewegungen.** Die Debatte um das Verbot der BUKO und die politische Zurückweisung dieses Repressionsversuches ist eine Sache Aller, die sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht abfinden wollen. An der Frage, regt sich gegen das BUKO-Verbot gesellschaftlicher Protest- oder wird es stillschweigend hingenommen, entscheidet sich letztlich auch die Frage, ob und in welcher Form die neuen "Terrorgesetze" durchgesetzt werden können.

★ Treffen für Buko-Interessierte: Donnerstag, 15.1.87 um
★ 20 Uhr im Asta der Tu, Katharinenstr. 1

★
★



JETZT ERST RECHT!

AUFRUF ZU EINER NEUEN BUKO IN BAYERN AM 17. und 18. 1. 1987:

Seit über zehn Jahren hat es in unregelmäßigen Abständen immer wieder Bundeskonferenzen (BuKo) der Bewegung gegen Atomanlagen gegeben. Die BuKo ist Treffpunkt aller Initiativen, Gruppen und Organisationen, die gegen Atomanlagen Widerstand leisten. In Arbeitsgruppen und im Plenum wird auf der Grundlage verschiedenster Diskussionspapiere über die weitere Form und die Ziele unseres Widerstands geredet. Wir suchen die gemeinsame Auseinandersetzung und die konstruktive Kritik. Die Ergebnisse unserer Diskussion haben das Handeln und das Bewußtsein vieler Menschen beeinflusst und werden das auch weiter tun. Wir können darauf verweisen, daß unsere Bewegung das Verhältnis zur Umwelt und zur Natur und das Bewußtsein über die herrschenden Verhältnisse nachhaltig verändert hat.

Um speziell über unseren weiteren Widerstand nach der Katastrophe von Tschernobyl und die weiteren Aktionen in der Oberpfalz gegen die WAA zu reden, haben wir die BuKo nach Regensburg gelegt. In einem Überraschungscoup verboten staatliche Instanzen noch nicht einmal 24 Stunden vor Beginn die lang geplante BuKo. Als Grundlage für dieses Verbot diente der Stadt und dem Gericht ein willkürliches Sammelsurium von Zitaten aus Beiträgen der unterschiedlichsten Anti-Atom-Gruppen zur Form und dem Ziel des weiteren Widerstands gegen den Bau und Betrieb von Atomanlagen. Diese Beiträge wurden allen Interessierten in einem vorab erstellten Reader zur Verfügung gestellt, um eine intensive Diskussion auf der Konferenz zu gewährleisten.

Am Freitag wurde der Versuch einer gegen diese Verbotsverfügung spontan organisierten Protestdemonstration mit polizeilicher Übermacht unterbunden und eine kurzfristig anberaumte Versammlung in Schwandorf nach einer Ausdehnung des Veranstaltungsverbots auf ganz Bayern und anschließender Umzingelung des Gebäudes durch BGS-Einheiten aufgelöst. Trotz der vorhandenen polizeilichen Übermacht gelang es dennoch Teilen von uns, zusammenzukommen.

Die Geschichte sämtlicher Widerstandsbewegungen in „unserer Republik“ (und auch in der Zeit davor) ist geprägt von den massivsten Repressalien, die nicht nur auf bestimmte Aktionsformen, sondern wie jetzt bei der BuKo, bereits auf die Diskussion über Aktionen abzielen. Die Unterdrückung hat System. Noch vor Weihnachten wurden die neuen erweiterten Terrorismus-Gesetze verabschiedet. Diese Gesetze zielen auf oppositionelle und außerparlamentarische Bewegungen ab. So wird der § 129a (Bildung und Unterstützung von terroristischen Gruppen) nicht nur Sabotage (Masten-Kippen...), sondern auch Blockaden (als Eingriff in den Straßen- und Schienenverkehr) zu „terroristischen Aktionen“ stempeln. Aber nicht nur das: Durch weitere Paragraphen, wie z.B. 130a (Billigung von Straftaten) soll jede Form von Diskussion über unseren Widerstand kriminalisiert werden. Diese Gesetzesänderungen bedeuten: Uneingeschränkte Durchsuchungs-, Überwachungs- und Festnahmebefugnisse für die staatlichen Organe, sowie verschärfte Haftbedingungen u.v.m.. Außerdem sollen weitere Paragraphen zur Bekämpfung der Bewegungen eingesetzt, Datenschutzbestimmungen eingeschränkt werden. Mit diesen Gesetzen gilt es dann, eine politische Massenbewegung in die Illegalität zu treiben und dort zu zerschlagen. In diesem Sinn stellen sich die Regensburger Ereignisse im Nov. 86 als Vorgriff auf zukünftige Vorgehensweisen gegen oppositionelle Gruppen dar.

Wenn wir uns nicht mehr gemeinsam treffen und miteinander diskutieren können, riskieren wir, aktions- und handlungsunfähig zu werden. Um genau dies zu verhindern werden wir alles daran setzen, um eine neue BuKo in Bayern zu organisieren und durchzusetzen.

Das Ziel der neuen BuKo ist, zu verhindern, daß diese alles kriminalisierende Linie zum bundesdeutschen Alltag wird. Wir werden versucht, verstrahlt, zubetoniert und ausgebeutet, aber den Widerstand dagegen zu diskutieren und zu organisieren werden wir uns von niemandem verbieten lassen.

Wie soll die neue BuKo aussehen?

Die Inhalte, deretwegen diese BuKo verboten wurde, lassen wir uns nicht nehmen. Grundlage bleibt der jetzige Reader, speziell die Diskussion um die Effektivierung des Widerstands und die Durchsetzung der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen. Wir streben eine Erweiterung und Vertiefung der Diskussion und damit der Bewegung an. Wir werden versuchen, Initiativen aus dem Spektrum der sog. 3. (ausgebeuteten) Welt- und Friedensbewegung und der neuen Anti-AKW-Bewegung, entstanden nach Tschernobyl, für eine inhaltliche Debatte auf der BuKo zu gewinnen. Gleichzeitig müssen die vorhandenen BI-Strukturen in der Oberpfalz mobilisiert werden. Auch die radikalen Teile der Bewegung sind gefordert, sich für die Organisation unserer Diskussion massiv einzusetzen.

Die Inhalte, derentwegen diese BuKo verboten wurde, lassen wir uns nicht mehr nehmen. Grundlage bleibt ein Material-Reader, mit Diskussionsbeiträgen über die Effektivierung des Widerstandes und die Durchsetzung der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen. Wir streben eine Erweiterung und Vertiefung der Diskussion und damit der Bewegung an. Wir werden versuchen, Initiativen aus dem Spektrum der sog. 3. (ausgebeuteten) Welt- und Friedensbewegung und der neuen Anti-AKW-Bewegung, entstanden nach Tschernobyl, für eine inhaltliche Debatte auf der BuKo zu gewinnen. Gleichzeitig müssen die vorhandenen BI-Strukturen in der Oberpfalz mobilisiert werden. Auch die radikalen Teile der Bewegung sind gefordert, sich für die Organisation unserer Diskussion massiv einzusetzen.

Wir werden die Versuche unsere Auseinandersetzung in die Illegalität zu verdrängen, nicht hinnehmen. Wir fordern alle, die das Recht auf Versammlungs- und Redefreiheit für die Anti-AKW-Bewegung und andere gesellschaftliche Bewegungen unterstützen, dazu auf, im Falle eines erneuten Verbots massiv und dezentral gegen die Politik der bayerischen Staatsregierung zu protestieren und zu demonstrieren.

— Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

— Schluß mit der Kriminalisierung von Atomkraftgegnerinnen und -gegnern!